

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Frachtkosten. In den Abbestellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6spaltige Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 8spaltige Zeile 40 Pfg., die 10spaltige Zeile 60 Pfg. Anzeigen für den Markt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Wochenscheinung werden besonders berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 44

Danzig, Donnerstag den 23. April 1914

5. Jahrgang

Arbeiter! Parteigenossen! Rüstet zum 1. Mai!

Gegen den Gebärzwang

Der Rückgang der Geburten ist dem Klassenkampf des Proletariats nicht günstig. Je größer die Zahl der Proletarier, um so leichter gelangt das Proletariat zur politischen Macht. Wenn die Proletarier ihr Verhalten in allen Lebensbeziehungen lediglich von — politischen Erwägungen leiten lassen und selbst in den intimsten Stunden des Ehelebens nur an die Sozialdemokratie denken würden, so wäre ihnen jeder Familienzuwachs ein willkommener Erfolg. Falsch ist es auch, daß die Einschränkungen der Geburten ein Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder zur Schwächung des Militarismus sei. Wenn die Arbeitskräfte in Deutschland abnehmen, werden infolge des Mangels an Arbeitskräften nicht etwa den Proletariats höhere Löhne oder sonst bessere Arbeitsbedingungen gewährt werden. Die Bourgeoisie wird sich zum Teil mit der Einfuhr ausländischer Arbeiter helfen, zum Teil mit der Verwendung ihres Kapitals in ausländischen Unternehmungen. Den letzteren Weg gingen die französischen Kapitalisten infolge des Rückganges der Bevölkerung; wenn die Theorien vom sozialen Nutzen des „Gebärzstreichs“ zuträfe, würden in Frankreich günstigere Arbeitsbedingungen sein wie bei uns. Und das ist nicht der Fall. Die Steigerung der Friedenspräsenzstärke der Armee kann natürlich über die Zahl der wehrfähigen, männlichen Jugend nicht hinausgehen, aber (auch hier siehe wieder Frankreich!) wenn die Vermehrung der Armee nicht mehr möglich ist, so hilft sich die bestehende Klasse mit Verlängerung der Dienstzeit, einer Maßnahme, die noch viel schlimmer wirkt, wie die Vermehrung des Heeres.

Aber die Bourgeoisie wünscht die Volksvermehrung, wenn sie auch nicht die Absicht hat, sich selbst daran zu beteiligen. Die bestehende Klasse hat früher mit der Einschränkung der Geburten angefangen wie das Proletariat und geht noch jetzt im Allgemeinen darin viel weiter wie das Proletariat. Aber die bestehende Klasse wünscht aus zwei Gründen die Vermehrung der proletarischen Bevölkerung. Erstens liegt es nicht im Interesse des Unternehmertums deutschsprachige durch fremdsprachige Arbeiter und Angestellte zu ersetzen. Arbeiter, welche nicht deutsch können, mißverstehen so oft die Aufträge, die sie bei der Arbeit erhalten, daß ihr Arbeitsprodukt darunter leidet. Und zweitens kann der Militarismus eines Landes seine Lieberlegenheit über den des anderen nicht durch Verlängerung der Dienstzeit, sondern zum Teil nur durch die Zahl seiner Mannschaften sichern.

Nun will die Bourgeoisie aber nicht Schritte tun, um die Volksvermehrung durch Verminderung der Sterblichkeit zu erreichen. Das würde Geld für gemeinnützige Einrichtungen kosten und den Profit durch Verkürzung der Arbeitszeit und weitere Beschränkung der Arbeit Zugenommen schmälern. Die Bourgeoisie will auch nicht die Hauptursachen der Geburtenbeschränkung im Proletariat beseitigen. Man will nicht vom Staat oder von der Gemeinde Wohnungen errichten lassen und zum Selbstkostenpreis vermieten, weil dadurch die Profite der Hausbesitzer geschmälert würden. Die Lebensmittelpreise will man nicht herabsetzen; vielmehr erstrebt das Aukertum einen „kückenlosen Sozialismus“, um sie noch weiter zu steigern.

Im Reichstag haben deshalb Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien einen Antrag gestellt, dessen Hauptvorschrift das Verbot des Verkaufs von Mitteln zur Verhinderung der Empfängnis ist; auch solche Mittel jemand zu schenken soll bestraft werden. Zu diesem Vorschlag hat jetzt „Die Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie (Frauenheilkunde) in Berlin“, eine Vereinigung der bedeutendsten Sachverständigen ein Gutachten abgegeben, in dem es heißt:

„Nach unserer Meinung kann weder ein Unterzogen, noch auch nur eine Beschränkung des Verkehrs mit Kondomen in Frage gezogen werden, da sie außer dem antikonzeptionellen Zwecke in hervorragendem Maße einem gesundheitlichen Zwecke dienen. Die antikonzeptionellen Maßnahmen, an deren Unterdrückung die öffentliche Gesundheitspflege ein hohes Interesse hat, würden durch Einschränkung des Bezuges von Kondomen zweifellos zunehmen. — So überaus häufig auch der Irrigator zur Verhinderung von Konzeptionen in Anwendung ist, so dient er doch außerdem einem so weise, klugen und unentbehrlichen hygienischen und Reinigungszwecke, daß keine Verkehrsbeschränkung als eine einschneidende Schädigung der öffentlichen Hygiene zu bezeichnen wäre. Ein Verbot kann natürlich erst recht nicht in Frage gezogen werden. — Eine Unterzogen des Verkehrs mit Konzeptionsmitteln ist ausgeschlossen, da es eine Reihe von Krankheitszuständen gibt, in denen der Arzt aus pflichtgemäßiger Erwägung, um erneute Schwangerschaft

zu verhüten, diese Befehle verwenden. Aber auch gegen ihre Verkehrsbeschränkung müssen wir uns aussprechen.“

Das Gutachten spricht sich hier noch etwas detaillierter aus. Es sagt dann weiter:

„Wir halten es für einen verhängnisvollen Irrtum, zu glauben, daß durch Verkaufsverbote oder Beschränkungen der antikonzeptionellen Mittel der auch von uns beklagte Geburtenrückgang in irgendeiner nennenswerten Weise aufgehalten werden kann. Solange der Wille zur Schwangerschaftsverhütung vorhanden ist, ist kein Gesetz imstande, dies zu verhindern. Welche Wege Staat und Gesellschaft einzuschlagen haben, um wieder den Wunsch auf mehr Nachkommenschaft bei den Eltern wachzurufen, liegt außerhalb des Rahmens unseres Gutachtens.“

Wenn wir uns aber auch durch Unterzogen oder Beschränkung des Verkehrs mit jenen Mitteln keinen Erfolg im Sinne einer Geburtenzunahme versprechen, halten wir die Beschränkung auf diesem Gebiete doch nicht für ganz wirkungslos. Wir beantragen die Wiedereinbringung des Gesetzes zur Bekämpfung der Mißstände im Heilgewerbe, zum mindesten in denjenigen Abschnitten, die eine Behandlung von Frauenleiden und Geschlechtskrankheiten durch Nichtärzte verbieten. Gerade durch das gewissenlose Treiben von Heilern und Heilerin wird die Abtreibung sowohl wie die Reinigung der Bevölkerung zu antikonzeptionellen Maßnahmen in hohem Grade befördert.

Dem § 3 stimmen wir zu, jedoch beantragen wir, am Schlusse des ersten Satzes des Wortes „öffentlich antündigt oder anpreist“ die Worte hinzuzufügen: „oder zur Schau stellt“.

Unser Gutachten geht also dahin:

1. Der Verkauf von stielartigen Pessaren und Mutterpessaren mit langem Ansatz ist auf Apotheken und auf ärztliches Rezept hin zu beschränken.

2. Die übrigen antikonzeptionellen Mittel unterliegen keiner Verkehrsbeschränkung.

3. Wiedereinbringung des Gesetzes zur Bekämpfung der Mißstände im Heilgewerbe.

4. Aus dem „Zurkaufstellen antikonzeptioneller Mittel ist zu verbieten.“

Die Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie zu Berlin.

Im Auftrage: Die Kommission:
Professor Dr. E. Bamm, Geheimrat, Medizinalrat, Dr. Franz Lehmann, Sanitätsrat, Professor Dr. Madenrodt, Dr. R. Schaeffer, Sanitätsrat, Professor Dr. R. Strömman.

Wir wollen heute nicht des Fahren auf den nur im Interesse der Ärzte liegenden Wunsch „gehen, das sogenannte „Körperverbot“ einzuführen. In der Frage des „Gebärzwanges“ stimmt das Gutachten im großen Ganzen mit unseren Ansichten überein. Nicht dem Proletariat, aber vielen proletarischen Familien ist nur durch Beschränkung der Geburtenziffer zu helfen. Die Geburt unehelicher Kinder ist fast immer ein schweres Unglück für das Kind und dessen Mutter, oft auch für den Vater, der an eine von ihm nicht geliebte Frau dadurch zeitweilig angeheiratet werden kann. Gelingt es, den Verkehr mit antikonzeptionellen Mitteln zu verbieten, so wird die Zahl der Eheschließungen abnehmen und die Prostitution mit ihrem Gefolge von Elend vermehrt. Die Geschlechtskrankheiten werden noch mehr um sich greifen. Kurz — der geplante Gesetzesentwurf wird nur neues Elend, vermehrtes Unheil bringen. Die Sozialdemokratie weiß sich in Übereinstimmung mit allen ernst zu nehmenden Männern der medizinischen Wissenschaft, wenn sie gegen den Gebärzwang entschiedene Stellung nimmt.

Bürgermeister Alexander

Die Verhaftung des Erlesenen; der Beste von 700 Bewerbern

Eine köstliche Episode! In dem Lustspiel „Flachsman als Erziehler“ ist der Titelheld ein Rektor, der das Zeugnis über seine bestandene Prüfung gefälscht hat und sich so auf viele Jahre Amt, Gehalt und Rang eines Schulleiters verschafft. „So etwas kommt nur auf der Bühne vor“, pflegt man zu sagen. Ei! — in Preußen mit seinen weisen, unfehlbaren Behörden, im klassischen Lande des Hauptmanns von Köpenick im Staate der stärksten Polizei, der gedrücktesten Armee und der dicksten Schadel, im Bereiche der beschränktesten Bureaucratie dichtet das Leben viel köstlichere Humoresken wie die geistreichsten Witzbolde unter den Dichtern.

War da einst zu Brandenburg ein Kreisaußschußassistent Heinrich Thormann aus Osterode in Ostpreußen. Er wurde zu 1½ Jahren Gefängnis wegen Betruges verurteilt und verlor seine Stellung.

Vorher hatte sich der Herr Assistent verlobt und von dem Vater seiner Braut 2000 Mark geliehen. Jetzt mußte er in das

Gefängnis wandern und verbüßte einen Teil seiner Strafe, der andere Teil scheint ihm im Gnadenwege erlassen zu sein. Kaum war er dem Gefängnis entronnen, so tauchte er mit Zeugnissen über seine beiden bestandenen juristischen Prüfungen unter dem Namen Alexander auf. Das Referendar- und Assessor-examen schien er bestanden zu haben, und so konnte es ihm an Stellen nicht fehlen. Zunächst wurde er Magistratsassessor in Weiskensfeld, dann in Bromberg. Seine vorgelegten Behörden waren sehr zufrieden mit ihm, ein Beweis, wie wenig Kenntnisse zur Ausfüllung solcher Stellen nötig sind. In Bromberg heiratete der Herr „Alexander“ die Tochter eines sehr hohen Staatsbeamten und erhielt eine beträchtliche Wittgift.

Da wurde im Dezember vorigen Jahres die Stellung des zweiten Bürgermeisters von Köslin ausgeschrieben. Nicht weniger wie 700 Bewerber meldeten sich. Als Bester von allen erschien dem Dreiklassenparlament von Köslin der Herr „Alexander“, früher Thormann. Auf diesen fiel die Wahl. In seinem Bewerbungsschreiben hatte er angegeben, er habe keine Verwandten mehr mit Ausnahme eines Onkels aus Manisa, der in Kofod wohnte. Dieser „Onkel“ erstattete in Kofod vor Gericht eidesstattliche Auslagen über seinen „Neffen“. Es hat aber den Anschein, als ob sich Alexander selbst nach Kofod begeben hätte, um diese Auslagen zu machen.

Die Regierung bestätigte die Wahl des Herrn „Alexander“ zum Bürgermeister. Hätte der Mann sozialdemokratische oder auch nur bürgerlich-demokratische Gesinnung gehabt, so wäre er den Argusaugen der Regierung nicht entgangen. Aber dieser ehemalige Sträfling, der nie ein Examen bestand, fand Gnade vor den hohen Behörden, und gegen seinen ehrenvollen Ruf an die Bürgermeisterstelle in Köslin war „höheren Orts“ nichts einzuwenden; ein neuer Beweis, wie überflüssig das Bestätigungsrecht ist und wie mühselos man bei uns zu Lande „maßgebende Instanzen“ belügen kann.

Bürgermeister „Alexander“ hätte in seinem hohen Amte in Ehren grau werden können, wenn er es verstanden hätte, sich mit dem Vater seiner früheren Braut abzufinden. Dieser Herr forderte von Thormann, jetzt Alexander, die 2000 Mark zurück, die dieser einst von ihm gepumpt hatte. Der Herr Bürgermeister beantwortete dieses Verlangen fast mit Drohungen, und wurde deshalb vom entrüsteten Papa wegen Erpressung denunziert. Jetzt beschaffte sich die Staatsanwaltschaft mit Thormann-Alexander, und diese Behörde wurde bei Erforschung der Personalkarte frugig. Die Sache wurde krenzig. Da fingierte Alexander einen Einbruch in ein Amtszimmer, um dann angeben zu können, daß ihm seine Papiere über sein Assessor-examen und seine Doktorarbeit gestohlen worden seien. Auf die eingehende Untersuchung des ersten Bürgermeisters gab er später zu, daß die Papiere nicht abhanden gekommen seien. Immerhin wußte der Herr Bürgermeister nicht, daß ein Strafverfahren gegen ihn schwebte.

Die Staatsanwaltschaft hatte den ersten Bürgermeister von Köslin, v. Busch, aufgefordert, in Begleitung des zweiten Bürgermeisters Alexander eine dienstliche Reise nach Berlin anzutreten, wo angeblich mehrere Einzelheiten über die Gründung eines Flugplatzes in Köslin besprochen werden sollten. Kaum war der vermeintliche Alexander in einem Hotel in der Friedrichstraße eingetroffen, als er von einem Berliner Kriminalkommissar für verhaftet erklärt wurde.

Neben der Fälschung der Papiere und der Erpressung gegen den Vater seiner früheren Braut werden dem Herrn Bürgermeister schwindelhafte Grundstücksverkäufe in der Nähe Berlins zur Last gelegt, an denen er unter seinem wahren Namen Thormann beteiligt gewesen sein soll. Ein Rechtsanwalt Dr. Eduard Alexander aus Berlin, der früher in der Reichshauptstadt Magistratsassessor gewesen ist, war bei der Vernehmung des verhafteten Bürgermeisters zugegen. Er erklärte, daß er schon seit Jahren aus Briefen den Schluß gezogen

[illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten Schwurgericht

1. Brandstiftung. Der 31 Jahre alte, verheiratete Arbeiter Johann Behnke aus Epenkrug, Kreis Neustadt, war wegen vorsätzlicher Brandstiftung angeklagt. Der Tat zugrunde liegt das Brandunglück in Epenkrug, das in der Nacht vom 18. Januar 1914 ein Gebäude des Gastwirts Frost vernichtete. Bei dem Retten des Viehs fand der Schmiedemeister Nagel den Tod. Der Angeklagte ist nur geringfügig vorbestraft. Er bestritt die Täterschaft. Zahlreiche Zeugen, insgesamt 28, waren geladen.

Behnke befand sich am Nachmittag des 17. Januar in dem Lokal des Gastwirts Frost. Wegen der Bezahlung der Getränke geriet er mit dem Wirt in einen Wortwechsel. Behnke war auf den Gastwirt Frost nicht gut zu sprechen, weil er durch eine Anzeige des Wirtes wegen Beleidigung und Hausfriedensbruch zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden war. Der Beschuldigte drohte: „Heute wird noch was passieren!“ Er kaufte Streichhölzer, und ist an dem Nachmittag wiederholt an der Scheune gewesen. B. war mit der Verlichkeit vertraut, denn er hatte dort längere Zeit gedroschen. Bei dem Brand wurden Stall und Scheune vernichtet. Außer Stroh verbrannten einige Haustiere. Von der Brandstelle sind Photographien angefertigt, um den Geschworenen die Uebersicht zu erleichtern. Bei einem Voraktermin wurde nichts vorgefunden, was auf eine Brandstiftung schließen ließ. Doch befand sich vor einer Tür der Scheune, die ins Freie führt, eine Spur, die nach der Wohnung des Angeklagten ging. Am Tage der Tat lag ungefähr 40 bis 60 Zentimeter hoher Schnee. Die Fußspuren waren übermäßig weit auseinander, ein Beweis dafür, daß sie von einer schnell eilenden Person herrührten. Eine Selbstentzündung des Strohes ist ausgeschlossen. Der Schaden beträgt 3000 Mark. Frost war erst kurze Zeit versichert. Er war längere Zeit unversichert, weil seine Versicherungsgesellschaft Gastwirte auf dem Lande aufnehmen will.

Die Frau des Angeklagten will ihren Mann den Auftrag gegeben haben, die Streichhölzer zu kaufen. Beide machten aber sich widersprechende Angaben. Von dem Geschäftspersonal konnte sich niemand entsinnen, an Frau Behnke jemals Streichhölzer verkauft zu haben. Der Angeklagte fand sich bei dem Brande auf dem Gehöft ein, und hat durch Zuschlagen einer Tür den Erstlingslob des Schmiedemeisters Nagel verursacht.

Der Gemeindevorsteher von Epenkrug wurde über den Leumund des Beschuldigten vernommen, sagte aber im allgemeinen nichts Ungünstiges aus.

Der sechzehnjährige Anton Bloß und sein vierzehn Jahre alter Bruder Michael befragten den Angeklagten aufs schwerste. Beide wollen gesehen haben, daß Behnke sich an den Hofgebäuden zu schaffen gemacht hat, und daß kurz nach seinem Weggange das Feuer ausgebrochen ist.

Die nächsten Zeugen bekundeten, daß B. ein roher, gewalttätiger Mensch sei, und dem Alkoholgenuss huldige. Ueber-

einstimmend erklären sie, daß der Angeklagte am Abend vor dem Brande Drohungen gegen den Wirt ausgestoßen habe. Der Gendarm Sogka hat den B. verhaftet. Dabei ist ihm die große Ruhe der Frau des Angeklagten aufgefallen, was nach Ansicht des Gerichts auch für die Schuld des Angeklagten spricht.

Der Sachverständige hält Selbstentzündung für ausgeschlossen. Die notwendige Wärme habe sich in so kurzer Zeit nicht entwickeln können.

Der Staatsanwalt stellte fest, daß Zeugen der eigentlichen Tat nicht zu ermitteln sind. Er hielt aber den Angeklagten für überführt durch einen lückenlosen Indizienbeweis. Die Tat sei ein Racheakt. Mildernde Umstände seien zu verneinen.

Der Verteidiger war der Ansicht, daß die Verdachtsmomente nicht ausreichen, um den Angeklagten zu verurteilen.

Nach kurzer Beratung verkündete der Obmann den Wahrspruch der Geschworenen: Der Angeklagte ist schuldig, ein Gebäude, das fremdes Eigentum ist und zur Wohnung von Menschen dient, vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Mildernde Umstände wurden verneint.

Der Staatsanwalt beantragte acht Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu der beantragten Strafe.

Straferleichterung fiel ins Gewicht, daß in dem abgebrannten Gebäude ein Anecht wohnte. Der Angeklagte nahm die Strafe nicht an.

In der Wochsanne erkrankt in Neufahrwasser das ein Jahr und vier Monate alte Töchterchen des Arbeiters Klein. Die Mutter hatte Wäsche eingeweicht und verließ das Zimmer, um eine kleine Besorgung zu machen. Als sie wiederkam, fand sie die Kleine tot in der Wanne, die auf dem Fußboden stand, liegen.

Auf dem Bremer Dampfer „Ravensberg“, der zurzeit in hiesigen Hafen vor Anker liegt, plünderte ein russischer Bootsmann das Mannschaftslogis. Es gelang, den Spitzbuben noch am selben Tage zu verhaften und den Bestohlenen den größten Teil ihres Eigentums zurückzugeben.

Der angegriffene Korbmacher Konchor hatte sich auf Neugartien auf eine Bank gelegt. Ein Schutzmann wollte ihn verhaften. Konchor setzte dem Beamten durch Faustschläge auf den Helm so sehr zu, daß der Schutzmann blatt ziehen und den Arrestanten durch einen Säbelhieb auf den Kopf kampfunfähig machen mußte. Nach Anlegung eines Noverbandes erfolgte dann die Festnahme. — Die Ausbildung der Schutzeule in dem Zivildienst scheint, wie aus dem Vorgang hervorgeht, noch nicht vollständig durchgeführt zu sein.

Polizeibericht vom 22. April 1914.

1. Verhaftet: 8 Personen, darunter 2 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Mißhandlung, Widerstandes und Beleidigung, 2 Personen wegen Trunkenheit.

2. Obdachlos: 4 Personen.
3. Gefunden: Ein Paket, enthaltend eine wollene Herrenunterhose und zwei weiße Tücher, ein Stubentürschlüssel, abgehoben aus dem Fundbureau des königlichen Polizeipräsidiums; ein rotblau gestreifter Damenstrophhut, abgehoben von Frau Maria Andzjewski, Stabsgebiet Nr. 25, 2 Tr.; ein silberner Trauring, abgehoben vom Rüster Dr. Barbaroffsky.

4. Zugelaufen: Eine schwarze Dobermannhündin mit Marke 3108-18, abgehoben von Herrn Erich Delle, Olivaer Straße Nr. 48. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau des königlichen Polizeipräsidiums in der Zeit von 9 bis 1 Uhr mittags bzw. bei den genannten Findern zu melden.

5. Verloren: Ein braunes Portemonnaie mit 8,25 Mark und drei kleinen Schlüsseln, abzugeben im Fundbureau des königlichen Polizeipräsidiums.

Danziger Standesamt vom 22. April.

Danzig-Langfuhr.

Todesfälle: S. d. Arbeiters Friedrich Schweser, 1 M. — I. d. Arbeiters Edwin Sielmach, 2 J. 8 M. — Unheilig: 1 S. (Anstalt).

Aus Westpreußen

Elbing-Marienburg

Schulleistung, Begabung und soziale Lage.

Es ist bekannt, daß Begabung und Schulleistung einander oft nicht entsprechen. In zahlreichen Fällen sind die „geistigen Fähigkeiten beim Kinde wohl vorhanden, doch schlummern sie und können nicht zur Entfaltung kommen, weil körperliche Mängel sie daran hindern. Das zeigen uns recht klar und deutlich die Ausführungen, die Stadtschulrat Dr. Peters in der Medizinischen Klinik macht.

Die soziale Not und die damit verbundene mangelhafte Ernährung und Pflege läßt die Kinder, so führt Dr. Peters aus, nicht nur allgemein verkümmern, sondern legt sie auch ganz besonders allen sonstigen Gefahren, wie den Infektionskrankheiten usw. aus, so daß sie schließlich oft, selbst bei genügender Begabung, nicht mehr die zur vollen Entfaltung des Meistes nötige körperliche Spannkraft besitzen, infolge dessen in der Schule versagen und oft genug zu Unrecht als zu schwach begabt gelten. So kommt es denn, daß besonders bei vielen Kindern der Hilfsschulen die sozialen Verhältnisse und damit körperliche Störungen die Schuld an den mangelhaften Schulleistungen tragen. Dr. Peters hat hierüber in Halle interessante Untersuchungen angestellt. Es fanden sich 1911—12 in der Hilfsschule 5,1 Prozent Mittelohrkatarrhe, in der Volksschule nur 2,6 Prozent. Die entsprechenden Zahlen betrugen für Schwerhörigkeit 4,8 und 2,0 Prozent, Sprachfehler 9,6 und 1,4 Prozent, Ungeziefer 13,1 und 3,9 Prozent. Der Unterschied zwischen Volksschule und Hilfsschule erstreckt sich also nicht nur auf die geistige Leistungsfähigkeit, sondern auch auf das den sozialen Verhältnissen entsprechende körperliche Wohlbefinden. Und derselbe Unterschied besteht in der Volksschule zwischen den leistungsfähigen und den nicht leistungsfähigen Kindern.

Die wahre Triebkraft

Aus Le Socialisme.

Noch immer findet man Arbeiter, die der Ansicht sind, der Sozialismus sei eine Sache des Gefühls. Ein Herz haben für die Leiden anderer, den Unglücklichen zu Hilfe eilen, die Ausländer ebenso lieb haben wie seine Landsleute, entzieht sein bei dem Gedanken an einen Krieg, von jeder individuellen oder sozialen Ungerechtigkeit aufs tiefste empört werden — daran glauben sie den Sozialisten zu erkennen.

Dieser Irrtum hat sein Gegenstück in dem unsterblichen Gegner, die uns anklagen, wir erregten eine ebenso ungesunde wie ungerechte Begehrlichkeit, wir predigten den Haß unter den Menschen, trieben die arbeitenden Klassen zu den blutigsten Ausschreitungen und wollten den Bürgerkrieg.

Ich verstehe wohl, daß die Mehrzahl dieser Gegner ihre guten Gründe haben, den Sinn unserer Behauptungen zu fälschen und so eine „ehrliche Entrüstung“ in ihrer Umgebung zu nähren. Aber ich kenne auch andre, die wirklich glauben, was sie sagen, und an diese möchte ich mich wenden.

Nun — wie die eben erwähnten Arbeiter halten auch diese Bourgeois die Wirkungen für die Ursache — sie nehmen die Konsequenzen der Theorie für die Theorie selbst.

Wenn in der von ihnen selbst geschaffenen Organisation die Proletarier gelernt haben, Solidarität zu üben, so beruht nicht aus humanitären oder moralischen Gründen, noch weil sie besser sind als andre, sondern nur, weil die Solidarität sich ihnen aufrängt als ein notwendiges Kampfmittel — weil sie ihre Kraft für den Widerstand als auch für den Angriff stärken.

Was es ihnen zur Pflicht macht, streifende Kameraden zu unterstützen, ist vor allem die Notwendigkeit, zu dem Erfolge von Arbeiterforderungen beizutragen — was es ihnen zur Pflicht macht, sich über die Grenzen hinaus mit ihren Arbeitsbrüdern zu vereinigen, ist vor allem die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Aktion, um den internationalen gegen die organisierten Kapitalismus zu schlagen. Wird sie in dem richtigen Sinne aufgefaßt, so ist ihre Solidarität nichts anderes als ein Klasseninteresse, das sie gewissenhaft und mit voller Einsicht verfolgen.

Was die Bourgeoisie entsetzt, ist der Gedanke, wir seien entschlossen, uns aller Mittel zu bedienen, wenn es sich darum handelte, die kollektivistische Umwandlung zu verwirklichen. Was sie für ihre Haut zittern und sie uns wie wilde Tiere betrachten läßt, ist der Gedanke, daß sie Gefahr laufe, eines Tages freiwillig oder gezwungen der sozialen Umgestaltung hindernd in den Weg zu treten, und daß wir auch nicht einen Augenblick zögern werden, sie in einem solchen Falle als Hemmschuh zu betrachten, das heißt, sie niederzuringen — ohne Leidenschaft, ohne Hohn, ohne Haß, doch auch ohne Mitleid — wie man eben ohne sentimentale Anwandlungen Bäume fällt, um einen Weg durch den Wald zu bahnen. In diesem Sinne aufgefaßt, erscheint die revolutionäre Aktion

gleichfalls und ausschließlich geleitet von einem Klasseninteresse.

Also — in dem einen wie in dem andren Falle spielt das Gefühl bei der ganzen Sache keine Rolle. Der Sozialismus gehorcht einem Notwendigkeitsgesetz, das die soziale Welt ebenso beherrscht und regiert wie die Natur.

Der ökonomische Materialismus ist es, der uns treibt, der uns die Aktion in einer Form vornehmen läßt, die sich den Bedingungen des Kampfes und dem Ziele anpaßt, das es zu erreichen gilt. Nicht in dem, was die Philosophen das Gewissen nennen — in dem Gehirn haben wir die Triebkraft zu suchen.

Wir erkennen es jedoch gern an — die sozialistische Lehre ist eine unvergleichliche Erzieherin der Arbeiterkollaborität und der revolutionären Energie. In weniger als einem halben Jahrhundert hat sie das Proletariat moralisch weit mehr gehoben, als eine religiöse oder philosophische Lehre es je vermocht hätte. Und dies ist unter tausenden ein Beweis ihrer Ueberlegenheit über alle Systeme, die man ihr vergeblich entgegenzusetzen versucht.

Feuilleton

— Der Schatz der „Lutine“. Wird es in diesem Jahre gelingen, endlich dem Grunde der Zuider-See die Barren von Edelmetall zu entreißen, die am 1. Oktober 1799 mit der englischen Fregatte „Lutine“ in die Tiefe versanken? Die Ingenieure hegen gute Hoffnungen, und die Aktionäre der National Salvage Association rüsten sich bereits zu der Entgegennahme der Summen, die sie für die vielen Aufwendungen der letzten Jahrzehnte entschädigen sollen. Man weiß, daß die „Lutine“ Gold- und Silberbarren im Werte von rund 25 Millionen Mark an Bord führte. 1823 überließ Holland das Anrecht an diesem noch immer unerreichbaren Schätze dem König von England, der seinerseits das Recht dem Lloyd übertrug, der rund 16 Millionen Mark Versicherungsgelder für den Untergang des Schiffes bezahlt hatte. Dem Lloyd blieb nur noch die Aufgabe, sein Eigentum in Besitz zu nehmen. Das hat sich im Laufe der Zeit als ein höchst schwieriges Problem erwiesen; seit 1857 sind zahllose Versuche zur Bergung der gesunkenen Schätze unternommen worden. Die Schwierigkeiten erwuchsen durch den Umstand, daß unter der Einwirkung des Meeres die Goldbarren mit den Ägeln, die den Ballast des Schiffes gebildet hatten, durch eine dichte Rostschicht verbunden sind. Dadurch entstanden gewaltige riesige Metallblöcke, die zu schwer sind, um von Tauchern gehoben werden zu können. Außerdem herrschen rings um das versunkene Wrack heftige Meeresströmungen, die vom Zuider-See der Nordsee zufließen und die Bergungsarbeiten außerordentlich erschweren. Trotzdem ist es gelungen, rund zwei Millionen zu bergen; in diesem Jahre soll nun der letzte ent-

scheidende Versuch zu Ende geführt werden. Um die Arbeiten zu erleichtern, hob man auf dem Meeresgrunde einen 1600 Meter langen Graben aus, in dessen Mitte jetzt das Wrack der „Lutine“ liegt. Allein obwohl man dabei gegen 1½ Millionen Tonnen Sand beiseite schaffte, die beabsichtigte Wirkung ist nicht in vollem Umfange eingetreten. Jetzt hat man zur neuen Kampagne das Bergungsschiff „Lyons“ neu ausgerüstet und mit einem Riesenmagneten versehen, der imstande ist, Metallgewichte von 3000 Kilogramm anzuziehen. Man will die in den Wassertiefen ruhenden Edelmetallblöcke durch Explosivstoffe sprengen und damit in kleine Stücke teilen, die der Magnet heben kann. 47 Mann sind an Bord der „Lyons“ tätig, um das große Werk zu vollbringen, und die nächsten Monate sollen nun entscheiden, ob der Lloyd seine Millionen wiedererlangt oder nicht.

— Ein Mann mit 12 Fingern und 12 Zehen. Von einem merkwürdigen Spiel der Natur berichtet der Marine: Vor einigen Tagen wurde der Pariser Medizinschule ein junger Russe vorgeführt, der wohl als einziger lebender Mensch 12 Finger und 12 Füßchen besitzt. Der junge Mensch heißt Petasch Bertmann und ist am 21. September 1898 in Nowogradowinski bei Petersburg geboren. Die überzähligen Finger sind zwar außerordentlich klein, aber vollkommen ausgebildet und mit Nägeln versehen. Der junge Russe fühlt sich durch dies freigebliebene Geschenk nicht im geringsten geniert, wenn er auch aus den überzähligen Fingern und Zehen keinerlei Nutzen zu ziehen weiß. Im übrigen hat die medizinische Untersuchung des Stammbaumes der Familie ergeben, daß bei den Ahnen, soweit dies verfolgt werden konnte, derartige Phänomene nie vorgekommen sind, so daß die Annahme einer Vererbung fortfällt und eine Erklärung für die sonderbare Erscheinung nur in dem willkürlichen Spiel der Natur zu finden ist.

Bermischtes

— Um Richard Wagners Vaterschaft. Aus Bayreuth wird geschrieben: Unter außerordentlich großem Andrang hat sich am Samstag vor dem Landgericht Bayreuth ein peinlicher Prozeß abgespielt. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Feststellung der Vaterschaft Richard Wagners bei Frau Holde Weidler, geb. v. Bülow. Frau Weidler, die Gattin des Kapellmeisters Weidler, strengte die Klage an, um festzustellen, ob sie die Tochter des Hans v. Bülow oder die Richard Wagners ist.

Der Anwalt Frau Weidlers, Justizrat Bispeter, führte vor Gericht aus, daß Frau Holde Weidler am 10. August 1865 geboren sei, zu einer Zeit, als Bülow schwer krank seit Monaten in München lag und die Ehe der Cosima Wagner und Bülow noch nicht geschlossen war.

Die Klägerin entschuldigt sich vor Gericht damit, daß sie niemals geglaubt habe, daß sie keine Tochter Wagners sei. Im Juni 1913 jedoch habe sie einen Brief von Justizrat Troll e-

Eins ist unbestreitbar: daß mehr und mehr die Völker, nistens von Westeuropa, den Krieg nicht wollen, Abscheu vor haben. Nur wollen sie ebensovienig, daß ihre Grenzen fest, Menschen und Eigentum der Brutalität des Siegers gesetzt werden. Und solange Franzosen, Engländer, tische, von denen vor allem der Friede Europas abhängt, h nicht frei sind von der Furcht vor dem Nachbar, nicht

überzeugt, daß ihre „Erbfeinde“ — die übrigens alle 25 Jahre wechseln — ebensovienig wie sie Lust haben, sich zu schlagen, so lange werden sie alle Opfer, die man von ihnen für die Landesverteidigung fordert, fügsam auf sich nehmen.

Mit dem einfachen Protest der Friedensfreunde wird man den Rüstungskurs daher nicht abändern. Will man, daß die Völker nicht mehr im heimlichen Kriegszustand leben, so muß man ihre Verführungspropaganda vernichten, sie von ihrem gemeinsamen Friedensverlangen überzeugen. Wenn man den Militarismus wirklich überwinden will, muß man ihn in seinen Ursachen angreifen, unaufhörlich die Provokationen der Hegeprelle, die lärmende Propaganda der Kanonen- und Panzerplattentherapeuten, die nationalistischen Abstellungsverträge der Reaktionsparteien fernhalten. Und vor allem gilt es, der kolonialen und imperialistischen Angriffspolitik, der eigentlichen Ursache der Verwirrung in Europa, eine Politik friedlicher Ausdehnung und freier Handelsbeziehungen zwischen allen Völkern entgegenzustellen.

Aber es genügt noch nicht, durch die Propaganda eine friedlichere Stimmung zwischen den Völkern zu erzeugen. Die Völker müssen aber auch politisch stark genug sein, den herrschenden Klassen ihren Willen aufzuerlegen. Die große Schwierigkeit der heutigen Lage ist, daß es auf der einen Seite Länder gibt, wo die Demokratie nur ihrer selbst und ihrer Interessen bewußt zu sein braucht, um ihren Willen durchzusetzen, auf der anderen aber solche, wo das parlamentarische System nur in der Karikatur oder im Embryonalzustand vorhanden ist, wo das Wahlrecht nur engen Privilegierten-Gruppen zusteht und die Säbelherrschaft allmächtig ist. Mirabeau schrieb 1788: „Von Preußen hängt heute Krieg und Frieden auf dem Kontinent ab.“ Man kann heute dasselbe sagen: in dem Sinne, daß in dem im Grunde friedlichen Deutschland das einzige Hindernis des Triumphs der Demokratie, die mit der Herstellung der Autonomie die eßbar-lotterliche Frage lösen und der Politik brutaler Begehrlichkeit, wie sie sich in Kleinasien und Mittelafrika äußert, ein Ende machen würde, das alte Preußen ist, das Preußen der Plebsen und Junker. So wäre vielleicht der größte Sieg, den die Friedensbewegung in der Welt davontragen könnte, der Sieg des allgemeinen Wahlrechts in Preußen.

Aber es ist nicht etwa nur Preußen, das so den Frieden gefährdet; auch die Schwäche des Parlamentarismus in Oesterreich ist dem Frieden gefährlich, und in der andern Mächtegruppe ist es der Fasismus, der nicht nur den Frieden bedroht, sondern alles, was unsrer Zivilisation Wert gibt. Und in allen Ländern, selbst denen mit wirklicher Demokratie, ist es der Kapitalismus, ist es die Finanz, manchmal friedlich, aber immer militaristisch. Denn sie braucht den Militarismus zum Geschäftemachen und zur Verteidigung ihrer Interessen.

So ergibt sich die Folgerung: Unter welcher Form sie auch erfolge, jede Friedenspropaganda hat ihren Wert. Denn sie schafft Gegengewichte gegen die eigennützigen Hehereien der französischen Nationalisten, der englische Jingos, der Ehrerufenen und anderer amtlicher oder regierungsfreundlicher Verbrecher, die heute in Europa ihr Wesen treiben. Aber ich wäre nicht Sozialist, wenn ich nicht hinzusetzte, daß unter allen Organisationen, die für den Frieden arbeiten, die sozialistische Arbeiterinternationale den Nobel-Preis am meisten verdiente, der er aber noch niemals zuerkannt wurde. Sie bringt geduldiger als jede andere die Völker wirklich zusammen. Sie befreit die Landesgrenzen zwischen den Arbeitern. Sie betreibt eine planmäßige Aktion aller sozialistischen Parteien gegen den Militarismus. Sie sucht die europäischen Konfliktsfälle zu beseitigen, indem sie für alle Völker das Recht der Selbstbestimmung fordert. Sie arbeitet für ein Programm, dessen Grundzüge sie während des Balkankriegs im Baseler Kongress entworfen hat. Sie bekämpft die brutale Eroberungs- und Ausbeutungspolitik in Marokko, Libyen, Kleinasien. Und vor allem: sie bereitet die endgültige Lösung des Problems der internationalen Beziehungen vor, indem sie dahin strebt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, das kapitalistische System zu ersetzen durch die freie Genossenschaftlichkeit der Arbeiter.

So wird die Internationale, wenn sie in diesem Jahr auf dem Wiener Kongress ihr fünfzigjähriges Bestehen feiert, das Recht haben, zu sagen: Der Sozialismus ist der Friede!

Die Entwicklung des Marineffandals in Japan

Von Sen Katayama.

Tokio, 10. April.

Der Marineffandal, der die hauptsächlichste Veranlassung für den Sturz des Ministeriums Yamamoto gewesen ist, hat einen hohen Grad von Korruption und Fäulnis in den Kreisen der Marine offenbart. Das schlimmste ist, daß gerade diejenigen Offiziere, die zu fleißig und ehrlich waren, um sich zu Komplizen der anrüchigen Kameraden zu machen, die eigentlichen Opfer der schmutzigen Affäre geworden sind. So wurden Katagiri und Dia zum Rücktritt gezwungen. Rang und Titel wurden ihnen genommen. Eine Reihe hoher Offiziere, unter anderem der Vizeadmiral Katenmoto, wurde verhaftet. Der letztere ist Leiter der Marinewerften, wo viele Arbeiter beschäftigt sind. Auch der Agent einer englischen Schiffbaufirma und der Direktor der Mitsui-Werke sind unter dem Verdacht, an den Bestechungsgeschäften beteiligt zu sein, verhaftet worden. Diese Verhaftungen lieferten immer wieder neues Material, und neue Enttarnungen waren die Folge. Dagegen wurde die Anklage gegen den Engländer Pooler und den Direktor Herrmann von den Siemens-Schuckert-Werften, wie es heißt, auf Grund des Eingreifens ihrer Regierungen fallen gelassen.

Aber ein Japaner namens Yoshida, der zwischen den Siemens-Schuckert-Werften und den Marineoffizieren den Vermittler gespielt hatte, wurde verhaftet. Das Gericht sagte, daß er alles gestanden habe, was er wisse. Dieser Mann beging im Gefängnis Selbstmord, oder er wurde gemordet. Was immer die Wahrheit sein mag, Tatsache ist, daß dieser für die Enttarnung des Skandals wichtige Verbrecher am 17. März im Gefängnis gestorben ist, gerade zu rechter Zeit, ehe die

Angelegenheit zum gerichtlichen Austrag kommen konnte. Die Presse berichtete ungeniert, daß Yoshida umgebracht worden sei. Der Mord sei ausgeführt, um die Rühmlichkeit der Durchstechereien zu schonen. (Wiele hohe Würdenträger der Marine und selbst der Premierminister Yamamoto sollen in die Affäre verwickelt sein.) Eines der zuverlässigsten Tagesblätter, „Yorozu“, gab vier oder fünf Gründe an, die auf Mord schließen ließen: Yoshida habe sich als ein sehr mutiger Mann schon in der Voruntersuchung erwiesen, insofern er bereit gewesen, das, was er getan, auch auf sich zu nehmen; es sei also keine Ursache vorhanden, anzunehmen, daß er aus Furcht vor Strafe Selbstmord begangen habe. Er habe gewußt, daß er der eigentliche Schlüssel zu dem ganzen Skandal sei, daß die Marineoffiziere, die Bestechungsgelder aus seiner Hand entgegengenommen, ihn fürchten. Yoshida sei auch äußerst vorsichtig gewesen; so habe er sich geweigert, im Gefängnis irgend etwas zu essen, was nicht von seiner eigenen Familie gesandt war, weil er fürchtete, vergiftet zu werden. Der Leichnam habe auch keinerlei Merkmale gezeigt, die auf Selbstmord schließen ließen. Ferner sei die Gefängniszelle, in der er saß, aufs strengste bewacht worden, so daß es für ihn unmöglich gewesen sei, sich selbst zu töten.

Nach dem Bericht der Gefängnisleitung wurde Yoshida zehn Minuten später, nachdem er seine Mahlzeit eingenommen, tot aufgefunden. 1½ Stunden lang seien Versuche der Wiederbelebung angestellt worden, jedoch vergebens. Die Familie verlangte die Sektion des Leichnams, aber plötzlich wurde

Keinen Junferschnaps trinken!

In einem halben Jahre wurden für Trinkbranntwein 2130 Hektoliter Alkohol weniger produziert!

Solange der Schnapsbottel energisch durchgeführt wird, sind die monatlichen statistischen Ziffern der Branntweinherzeugung regelmäßig wiederkehrende Krügel für die Junker. Sicher ist auch der Rückgang von 2130 Hektoliter Alkohol für Trinkbranntwein innerhalb eines halben Jahres (Dezember 1913 bis März 1914) ein Hieb auf das Geldbeutelherz aller echten Preußen, es ist aber kein Schlag, der bis zum nächsten nicht vergessen wird. Der Branntweinbottel muß viel energischer betrieben werden, wenn er durchgreifen soll. Heute reiten sich die Schnapsjunker immer wieder damit, daß sie ihre Alkoholüberschüsse an ihre Spirituszentrale geben. Der Schnapsbottel wird erst dann von entscheidender Wichtigkeit für die Alkoholproduktion, wenn er so stark wirkt, daß die übrig bleibenden Bestände nicht mehr in den sogenannten gewerblichen Verbrauch, zur Denaturierung, als Brennspiritus abgeleitet werden können. Welche Mengen die Spirituszentrale den deutschen Schnapsbrennern heute noch abzunehmen in der Lage ist, zeigt ein Vergleich der statistischen Ziffern vom Oktober 1913 bis zum März 1914 mit den Zahlen der gleichen Zeit des Vorjahres.

Es wurden produziert:

1913-1914	2 935 625 Hektoliter
1912-1913	2 773 144 „

Wir haben im ersten laufenden Halbjahre der deutschen Alkoholproduktion eine Mehrerzeugung von rund 160 000 Hektoliter! Die Schnapsbrennereien arbeiten mit Hochdruck.

Der Verbrauch für Trinkbranntwein betrug in der gleichen Zeit:

1913-1914	980 446 Hektoliter
1912-1913	982 576 „

Abgesehen davon, daß per 1. April 1914 die noch vorhandenen Vorräte unter Steuerverwahrung größer sind als am gleichen Tage des Vorjahres, sind die Schnapsjunker nur mit ihrer Nebenproduktion fertig geworden, weil sie den größten Teil der Mehrleistung zur Denaturierung gaben. Denaturierter Spiritus wurde abgegeben:

1913-1914	191 333 Hektoliter,
1912-1913	138 376 „

Es bleibt natürlich eine offene Frage, ob die Spirituszentrale auf die Dauer die Alkoholüberschüsse, die durch den Branntweinbottel entstehen, unterzubringen vermag. Aber ihre Tätigkeit beweist, daß sie mit allen Mitteln darauf hinarbeitet. Deswegen muß der Schnaps energischer bekämpft werden!

dieser eingekerkert. Es hieß, die Familie sei durch unbekannte Einflüsse hierzu gedrängt worden. Die Gerichte haben sich mit der Sache gar nicht befaßt. Jetzt begannen die Behörden und Gerichte eine etwas eifrigere Tätigkeit zu entfalten, es wurden wiederum Verhaftungen vorgenommen. Aber da viele machtvolle Firmen Japans und des Auslandes darin verwickelt sind, sollte die Sache kurz abgetan werden. Indessen nahm die politische Entwicklung der Dinge einen so rapiden Verlauf, daß dies unmöglich war. Die Situation des Ministeriums wurde immer schlechter, bis das Kabinett nach dem parlamentarischen Fiasko vom 24. März scheiterte. Die Kräfte gab den Gerichten freie Hand, energischer einzugreifen. Jetzt ist nicht zu sagen, wie weit die Ermittlungen gediehen sind, aber gewiß ist, daß der Einfluß der Marine auf die öffentliche Meinung ganz geschwunden ist.

Eine andere Sache, die den deutschen Leser interessieren dürfte: Die Firma Siemens-Schuckert hat einen Prozeß gegen den Engländer Pooler anzustrengen versucht, um Herausgabe der Summe, die von ihr an Pooler für die gestohlenen Dokumente gezahlt worden ist.

Am 22. März wurde die Angelegenheit des deutschen „Erpressers“ Richter im Unterhaus behandelt. Der Minister des Innern, Masino, verlas eine Note, die von der deutschen Regierung in der Angelegenheit Richter eingegangen war. Darin wird dargelegt, daß Richter im Jahre 1913 bei der

Firma Siemens-Schuckert einige Dokumente gestohlen und versucht habe, diese zu Erpressungen zu benutzen. Das sei ein Verbrechen, begangen in einem fremden Lande, in Japan, aber es sei nach dem japanischen Strafrecht strafbar. Ebenso sei es nach deutschem Strafrecht zu verfolgen. Deswegen sei dem Richter in Deutschland der Prozeß gemacht und er zu zwei Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre verurteilt worden. Der Beschuldigte habe es verstanden, sich das Vertrauen der Firma zu erschleichen; er habe eine gut bezahlte Stellung innegehabt, aber trotzdem versucht, sich Extraeinnahmen zu verschaffen, indem er die Kostenanschläge der Firma an Konkurrenzfirmen auslieserte.

Dieser Bericht ging, wie schon bemerkt, von der deutschen Regierung aus und wurde vom japanischen Gesandten in Berlin nach Tokio gegeben. Das neue Budget wurde schließlich angenommen, nachdem die Ausgaben für die Flotte um etwa 70 Millionen Mark beschnitten worden waren.

Die große türkische Anleihe

Dschawid-Bey ist bei seiner Rückkehr nach Konstantinopel mit einem Pomp empfangen worden, der beinahe einer nationalen Ovation glich. „Nun er brachte Geld mit! Wie sehr fühlte man in der Türkei den Abschluß der großen Anleihe! Geld, neues Geld, ausländisches Geld — unter welchen Bedingungen auch! Solange der Staat ohne Geld war, blieben die Beamten ohne Gehalt, die Staatslieferanten ohne Zahlung und die Kaufleute ohne Geschäfte. Und nun öffnete endlich Frankreich seine Geldtasche. Also hoch Frankreich und hoch Dschawid! Was nachfolgen wird, darum kümmert man sich für den Augenblick nicht.“

Die französische Bankokratie hat die Türken lange warten lassen. Man hat die Türken förmlich ausgehungert, man hat die Geldbegier bis zum Wahnsinn gesteigert, und das geschah, selbstverständlich nur, um sie desto besser auspressen zu können.

Das kapitalistische Frankreich ist der Wucherer der Welt. Es ist seiner Rolle auch diesmal treu geblieben.

Die Türkei erhält 800 Millionen Francs, die von den Großbanken zu 86 Prozent übernommen wurden. Der Emissionskurs, der Preis, zu dem die Obligationen an das Publikum verkauft werden sollen, soll 93½ Prozent sein. Die Differenz, die die Großbanken einstecken, 7½ Prozent, oder auf die Summe von 800 Millionen volle 58 Millionen Francs! Es ist ein sehr hübscher Fischzug, den die Hochfinanz macht. Diese 58 Millionen, die von den Pariser Banken eingesteckt werden, kommen nicht aus der Türkei, sie kommen aus den Taschen des französischen Börsenpublikums, das die Differenz zu bezahlen hat. Die Türkei zahlt bloß die Prozente. Mit der Zeit wird sie freilich das Ganze zu bezahlen haben — wenn sie nicht inzwischen bankrott macht. Sollte das fehlere geschehen, und bei der Wucherpolitik, die man der Türkei gegenüber betreibt, ist das — früher oder später — eine unvermeidliche Konsequenz, dann werden wieder „die kleinen Sparrer“ die Düpierten sein. Vermutlich werden sie sogar noch viel mehr, als die oben angegebene Summe zusehen, denn die Kurse werden in die Höhe gehen.

Der Zinssfuß ist 5 Prozent nominell; in Wirklichkeit beträgt er, da die Türkei nur 86 Prozent erhält, 5,8 Prozent. Da außerdem noch ½ Prozent für Amortisation gerechnet wird, so wird die Türkei jährlich 6,3 Prozent für diese Anleihe zu zahlen haben.

Bei alledem konnte die Türkei nicht umhin, das Geschäft abzuschließen, denn für die Vorschüsse und Schatzscheine, mit denen sie hat arbeiten müssen, zahlt sie 7 Prozent bis 17 Prozent.

Die Hochfinanz hat aber zugleich dafür gesorgt, daß die Türkei aus den Geldschwierigkeiten nicht herauskomme. Das Geld, das sie der Türkei jetzt gibt, reicht nicht aus, um auch nur die dringendsten Schulden zu bezahlen. Denn die Türkei hat allein an Schatzscheinen 12 154 617 türkische Pfund im Umlauf. Die Vorschüsse betragen über 11 Millionen türkische Pfund. An die Lieferanten war man schon im Januar über 5 Millionen türkische Pfund schuldig. Außerdem die Beamtengehälter. Diese Schulden zusammen dürften 30 Millionen türkische Pfund oder rund 700 Millionen Francs betragen. Nun bekommt aber die Türkei von der großen Anleihe zunächst nur 400 Millionen nominell, also effektiv 314 Millionen Francs. Außerdem werden ihr 80 Millionen vorgeschossen. Macht zusammen 424 Millionen. Der Rest wird bis Ende des Jahres ausgeschoben. Von den 424 Millionen soll aber auch noch ein Teil für Straßen- und Eisenbahnbauten verwendet werden, so daß in Summa der Türkei kaum mehr so viel übrig bleibt, um auch nur 50 Prozent der dringendsten Schulden zu bezahlen!

Also bleibt das alte finanzielle Elend! Die Banken, die Vorschüsse gewährt oder Schatzscheine gekauft haben, behalten die verpfändeten Staatseinnahmen und beziehen nach wie vor ihre Wucherzinsen. Die 424 Millionen, die jetzt ausbezahlt werden, werden zum weitaus größten Teil den türkischen Staatschulden garnicht einmal berühren, sondern direkt in die Bankkassen abgeliefert werden; und was der Staatschatz erhält, wird zerfließen wie Wasser. Dabei liefert die Türkei ihren Gläubigern wertvolle Eisenbahn- und Straßenbaukonzessionen aus! Obendrein erhalten die Verträge Bestimmungen, die garnicht veröffentlicht, sondern geheim gehalten werden sollen!

So arbeitet das moderne Wucherkapital!

Gerichtliches

— Wieder Arbeiter als Opfer des Dynamitgesetzes. Nachdem erst am 28. März sechs Bergleute der Zeche „Bruchstraße“ zu insgesamt 23 Monaten Gefängnis wegen Vergehen gegen das Dynamitgesetz verurteilt worden war, ereilte am 18. April drei Arbeiter derselben Grube das gleiche Geschick. Bei zwei Angeklagten lautete diesmal die Anklage noch auf fahrlässige Körperverletzung im Beruf, weil durch ihre fahrlässige

Wichtige Handhabung der Schickvorschrift zwei Arbeiter durch einen Sprengschuß schwer verletzt wurden. Der Hauptschuldige erhielt von der Strafkammer Bochum fünf Monate Gefängnis. Die zwei anderen Angeklagten je drei Monate und 100 Mark Geldstrafe. Einer von ihnen hat noch eine Bestrafung wegen Meineids zu gewärtigen, weil er in der Voruntersuchung zu seinen eigenen Gunsten falsche Aussage abgegeben hat.

— **Wieder ein Adventist vor dem Kriegsgericht.** Vor dem Gericht der 36. Division hatte sich der Festungsgefangene **Much** wegen Ungehorsams und Behorrens im Ungehorsam vor verurteiltem Mannschaft zu verantworten. Der Angeklagte, der im Herbst v. J. als Rekrut eingestellt worden ist, weigerte sich, als strenggläubiger Adventist, am Sonnabend Dienst zu tun. Nachdem er aus diesem Grunde wegen Ungehorsams bereits zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, leitete er auch im Gefängnis den Befehl am Sonnabend keine Hölse mit der Begründung, die Bibel und seine darauf basierte Anschauung lehre die Heiligung des Sonnabends vor. Der Angeklagte wurde erneut zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt.

Gewerkschaftliches

— **Die Handlungsgehilfen und die Sonntagsruhe.** Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat in einem weiteren Rundschreiben an die anderen Gewerkschaften folgende Vorschläge gemacht.

„Zunächst wäre eine Verständigung der beteiligten Organisationen notwendig, in welcher Weise das Herausheben an die Prinzipale erfolgen soll. Es könnte in der Weise abhandelt werden, daß in den einzelnen Orten die dortigen Vertrauensmänner zusammentreten und nach Lage der örtlichen Verhältnisse das weitere Vorgehen im Einverständnis mit den Zentralverbänden der beteiligten Verbände festlegen. Alsdann könnte es Aufgabe der örtlichen Verbände sein, nach Rücksprache in den einzelnen Geschäften vorhandenen Mitgliederbeständen bei den Prinzipalen vorstellig zu werden. Den Geschäftsinhabern wurde eine Verderung des Dienstvertrags mit ihren Angestellten dergestalt nahelegen zu sein, daß sie ab 1. Juli — also unter voller Wahrung der Kündigungsfrist — auf die Sonntagsarbeit gemäß der Programmforderungen der Handlungsgehilfenverbände verzichten. Von der Stellungnahme der Prinzipale hängt dann das weitere ab. Den widerstrebenden Geschäftsinhabern würde gegebenenfalls, soweit in den betreffenden Betrieben eine hinreichende Zahl von organisierten Angestellten beschäftigt ist, von den Angestellten die Kündigung auszusprechen sein. Sofern durch diese Aktion einzelne Gewerkschaften geschädigt werden sollten, hätte die Organisation für eine angemessene Entschädigung zu sorgen. Wir glauben, daß bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung durch das kaufende Publikum in keiner Weise fehlen wird. Ferner halten wir auch eine gegenseitige Vereinbarung für zweckmäßig, daß über den 1. Juli hinaus Stellen für Handlungsgehilfen mit Sonntagsarbeit nicht mehr vermittelt werden.“

— **Malerstreik in Koblenz.** Die Maler und Anstreicher sind bei einem Teil der Unternehmer ausständig geworden. Die Unternehmer weigern sich, einen Tarifvertrag abzuschließen, der bereits im vorigen Jahre mit einer Anzahl Unternehmer vereinbart worden ist. Jede Unterhandlung wurde von den Unternehmern abgelehnt. Sie hängen sich auf den Unternehmerverband für das Malergewerbe in Rheinland-Westfalen, der bekanntlich wegen seines tarifbrüchigen Verhaltens aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen werden mußte. Zugang von Malern und Anstreichern nach Koblenz ist ferngehalten.

— **Streiks im Dachdeckergerwerbe.** In Okerode a. S. haben die Dachdecker die Arbeit eingestellt. Während die Gesellen eine Aufbesserung der Löhne um 6 Pfennig in drei Jahren beanspruchten, wollten die Unternehmer nur 2 Pfennig in zwei Jahren zugestehen. Ferner wollten sie unter keinen Umständen einen anderen Ablauf des Termins als zum 1. April 1916, also den Termin, den das übrige Baugewerbe ebenfalls hat. Von zwei in Betracht kommenden Unternehmern hat sich der eine Weigerer mit der Gesellenorganisation dahin geeinigt, daß 3 Pfennig sofort, weitere 2 Pfennig Lohn-erhöhung pro Stunde 1915 erfolgen soll. Bei diesem wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — In Königs-Lutter wurde ebenfalls die Arbeit eingestellt. Auch hier wollten die Unternehmer nur das bewilligen, was im übrigen Baugewerbe beim vorjährigen Schluß festgelegt worden ist. Nach einseitigem Streik wurde ein neuer Tarif abgeschlossen, gültig bis 1917. Neben einigen anderen Verbesserungen steigt der Stundenlohn um 5 Pfennig, in den späteren Jahren um nochmals 5 Pfennig.

— **Ein Kongress für einheitliches Angestelltenrecht.** Die gegenwärtige Zerstückelung des Arbeitsrechts hat wiederholt den Deutschen Juristentag beschäftigt, und im vorigen Jahre hat auch der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte dazu Stellung genommen. Neuerdings haben zwölf Angestelltenorganisationen, darunter der Zentralverband der Handlungsgehilfen und der Verband der Bureauangestellten, einen Kongress auf den 26. April nach Berlin einberufen, der das Zweck: der von ihnen vertretenen Berufsständen an dieser Vereinbarstellung berufen wird. Das Hauptreferat hat der bekannte Frankfurt-Rechtsanwalt und Sozialpolitiker Dr. Singheim übernommen; außerdem werden Vertreter der beteiligten Organisationen zu Wort kommen. Die Tagesordnung des Kongresses lautet: 1. Die Notwendigkeit des einheitlichen Angestelltenrechts. 2. Das Interesse der einzelnen Angestelltengruppen an einem einheitlichen Dienstvertragsrecht. 3. Die Grenzen des einheitlichen Angestelltenrechts.

Der Kongress wird das einheitliche Arbeitsrecht nicht nur fordern, um dem Mangelzustand abzuhelfen, daß die Vorschriften über die Rechtsbeziehungen zwischen Unternehmern einerseits und den Angestellten sowie Arbeitern andererseits in vielen Fällen zerstückelt sind. Seine Hauptaufgabe ist vielmehr, für eine Durchdringung des Arbeitsrechtes mit sozialem Geiste einzutreten.

Zu dem Kongress werden Delegierte der Vereine aus allen Teilen des Reiches erscheinen, auch die Reichstagsfraktion und die beteiligten Regierungskreise sind eingeladen worden.

— **Ausperrungen wegen der Maifeier** kündigt auch der Arbeitgeberverband der Saarindustrie in einer öffentlichen Publikation wie folgt an:

„Das unerlaubte Fortbleiben der Arbeiter von der Arbeit am 1. Mai zur Teilnahme an der sozialdemokratischen Maifeier wird in der gewerbe- und landgerichtlichen Praxis übereinstimmend als Entlassungsgrund im Sinne des Paragraphen 123 der Gewerbeordnung angesehen; es bedarf, nach sinnvoller Auslegung des Gesetzes, daher auch nicht einer vorherigen Bekanntmachung an die Arbeiter des Inhalts, daß diejenigen, die am 1. Mai von der Arbeit fernbleiben, sich als entlassen zu betrachten hätten. Im Hinblick darauf, daß die Veranlassung der sogenannten Maifeier lediglich eine mit der Absicht der Agitation verbundene Neuerung sozialdemokratischen Machtworts darstellt, ist es im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftslebens wünschenswert, derartigen Veranstaltungen nachdrücklich entgegenzutreten, zumal die Erfahrung gelehrt hat, daß die Maifeier nur dort durchgeführt wird, wo sie auf keinen Widerstand stößt. Es ist daher durchaus zu empfehlen, in Anwendung des § 123 G.O. diejenigen Arbeiter, die am 1. Mai feiern, zu entlassen und nicht vor einem bestimmten Termin wieder in Arbeit zu nehmen.“

Soziales

— **Der „Schlafwagen“.** Es ist dunkel in diesen Seitenstraßen des Berliner Ostens. Es fehlen alle die unregelmäßigen Lichtquellen, die im Westen und den Vergnügungsvierteln des Zentrums die öffentliche Beleuchtung unterstützen, sie oft weit überstrahlen. Die Cafés, die Restaurants, die großen Läden, die aus Gründen der Sicherheit und aus Gründen der Reklame die ganze Nacht hindurch die elektrischen Birnen brennen lassen.

Hier leuchtet nichts als die Gaslaternen und hier und da, trübe durch Vorhänge hindurch oder gedämpft durch eine Glasfront, das spärliche, unsichere Licht einer sehr bescheidenen Kneipe.

Wenigen sieht man kaum noch, jetzt, da die dritte Nachtstunde schon vorüber ist. Ein paar ärmlichste Diener mit ihrem Anhang. Auch einen Schühmann.

Und an der Ecke dort, wo eine noch schmalere, dunklere Straße abbiegt, einen gedankenvoll auf und ab marschierenden Herrn.

Auch von Fuhrwerken ist, wie das natürlich ist, weit und breit nichts zu sehen, noch zu hören. Wie sollten sich Autos hierher verirren oder auch nur Nachtdroschken? Und noch sind auch die frühesten der Lastwagen nicht wieder ausgefahren zu neuem Lagerwerk.

Um so mehr empfindet man ein dumpfes Rumpeln, das answellend die Stille unterbricht. Es ist sicher ein schweres Gefährt, das dort kommt.

Wirklich. Ein Möbelwagen.

Nun, das scheint denn doch wunderbar. Wohin in aller Welt fährt um diese Stunde ein Möbelwagen? Selbst die spärlichsten Berliner Umzüge finden nicht mehr um drei Uhr nachts statt. Und auch die Umfahrungen auf den Bahnhöfen beginnen zwar sehr früh, aber doch kaum vor sechs Uhr und schließen in den späteren Abendstunden.

Dieser nachtschwärmende Möbelwagen ist entschieden eine Merkwürdigkeit. Und sonderbar! Auch den einsamen Spaziergänger an der Ecke scheint er lebhaft zu interessieren.

Der schwere Wagen fährt langsam und ächzend seinen Weg. Da geschieht etwas Ueberraschendes.

Der patronisierende Herr an der Ecke tritt plötzlich dem Wagen entgegen, hebt die Hand und sagt:

„Halt! Halt!“

Und zugleich sind plötzlich drei — vier Schutzleute da, von denen bis dahin nichts zu sehen war. Sie lösen sich von Hauswänden und Häuserwinkeln ab und umstellen den Möbelwagen.

Der Herrscher flüchtet ziemlich gleichgültig vom Bod.

„Aufmachen!“ befiehlt der Beamte.

Der Mann schiebt den Riegel an der hinteren Wand des Wagens zurück und öffnet die Tür.

Und nun —?

Verstohlen, misshütig, manöviert auch furchtlos, Ketteln auf die Aufforderung des Kriminalen etwa zwanzig ärmliche, zum Teil zerlumpte Menschen aus dem Wagen. Auch eine Frau ist dabei. Sie werden von den Schutzleuten kurz visitiert, in einen Haufen gedrängt, von ihnen in die Mitte genommen und —

„Sämtlich zur Wache!“ bestimmt der leitende Beamte.

Ja, es gibt das. Diese „Schlafwagen“ für Obdachlose. Natürlich geschieht das nicht offiziell. Weiß der Himmel, auf welchem Wege, durch welche Vermittlung Möbelwagen für diesen Zweck herkommen. Und daß es genügend arme Teufel in der Welt gibt, die in den Wägen keinen Platz finden und die nun so, gegen ein paar Groschen, eine Nacht voll Schlaf suchen, ohne jeden Augenblick die festnehmende oder fortweisende Schutzmannshand fürchten zu müssen, weiß man auch.

Aber sie, die Polizei, die sonst von vielen, ihrer Aufmerksamkeit sehr würdigen Dingen nichts weiß, sie kennt diese gelegendlichen, elendesten aller „Schlafwagen“.

Und sie behnt ihre „Razzias“ auch auf sie aus.

— **Verteidiger der Bleiweißfabriken.** Nachdem fast alle zivilisierten Länder mehr oder minder durchgreifende Schutzmaßnahmen gegen die fürchterlichen Gefahren ergriffen haben, denen die Arbeiter durch Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe ujm. ausgesetzt sind, gibt es immer noch Leute, die sich diesem so nötigen Arbeiterschutz widersetzen: Die Bleiweißfabrikanten. Sie haben sogar den Mut gehabt, Anfang April in Brüssel einen „Internationalen Kongress“ abzuhalten, an dem Fabrikanten aus Belgien, Holland, Deutschland, England und Nordamerika teilnahmen. Sie wollten vor allen Dingen die Durchführung des am kommenden 1. Januar in

Frankreich in Kraft tretenden Bleiweißverbotes sowie ein ähnliches Gesetz in Belgien verhindern.

Der belgische Malerverband hatte eine Delegation zu diesem „Kongress“ geschickt, um ihm die Schädlichkeit der Bleiweißfarben praktisch vor Augen zu führen: die Delegation bestand aus Blinden, Blinden, Lahmen und anderen arbeitsunfähigen Arbeitern, deren Gebrechen auf das mörderische Bleiweiß zurückzuführen sind. Der „Kongress“ aber zog es vor, diese Delegation nicht vorzulassen.

Aus aller Welt

Es lohnt sich.

— **Kardinal Ropp hat, wie sich bei Eröffnung des Testaments ergab, ein Privatvermögen von 7 Millionen Mark hinterlassen.** Als Universalerbe ist das Breslauer Domkapitel eingesetzt, außerdem erhalten die Beamten des Domkapitels sowie die Mitglieder des Domchors Legate im Betrage von 100 bis 500 Mark. Durch diese Zuwendungen soll etwa eine Million von der Erbschaft abgehen. Die katholische Kirche kann also immerhin noch mit dem „Sparfuss“ des Kardinals Ropp zufrieden sein. Ropp war, bevor er den geistlichen Beruf ergriff, Telegraphengehilfe. Wie die katholische Presse bei seinem Tode ruhmte, hat er sich aus verhältnismäßig ärmlichen Verhältnissen bis zum Kardinal hinaufgearbeitet. Ererbte hat er demnach diese 7 Millionen nicht. Sie sind der Ertrag seiner Tätigkeit als „Diener des Herrn“.

Wieviel weiter haben es doch diese Gottesdiener der heutigen Zeit gebracht als Christus, dem sie dienen wollen, und der nach der biblischen Erzählung kein Plätzchen hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte.

— **Ein heftiger Sturm wütet an der Küste von Messina.** Mehrere Schiffe strandeten. Zwei Kriegsschiffe havarierten an der Steuerung und an den Schrauben. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Bemühungen zur Flottmachung des deutschen Dampfers werden fortgesetzt.

— **Die Folgen der militärischen Übungen in der Luft.** In Paris durchschlug Dienstag früh ein Geschoss den eisernen Rolladen und das Fenster eines Schlafzimmers im fünften Stockwerk eines Hauses der Vorstadt Auteuil, ging über die Köpfe der Schlafenden hinweg und blieb im Kamin stecken. Man glaubt, daß es sich um das Geschoss eines Flugapparats oder Lenkbalkons oder um ein bei einer Schießübung in Clamart abgefeuertes Geschoss handelt.

Bezüglich des gemeldeten seltsamen Unfalls in Auteuil erklärt das Kriegsministerium, daß Dienstag in der Umgebung von Paris weder von einem Militärflugzeug noch von einem Militärschiff eine Schießübung vorgenommen worden sei. Das Geschoss dürfte von Schießversuchen herrühren, die von Privat-Industriellen gegen das Luftschiff vorgenommen worden sind. — Wie aus Lyons Auspuffen im Departement Creux gemeldet wird, fiel während einer im Lager von Courtine vorgenommenen Schießübung ein Geschoss auf ein Haus des Dorfes Ligne. Die hierdurch verursachte Feuersbrunst zerstörte zwei Häuser und eine Scheune.

— **Deutschland über alles.** Wie „herrlich“ in Preußen Deutschland für die Beschäftigten gesorgt wird, zeigt ein Bericht des Achmer Kreisblattes aus dem Gerichtsamt der Strafkammer in Verden. Er lautet:

Der 46 Jahre alte Fischer Eduard Neumann aus Hemelingen war vom Achmer Schöffengericht am 5. März 1914 zu 3 Wochen Haft verurteilt worden, weil er es verschuldet haben sollte, daß er keine Wohnung hatte und infolgedessen im Hemelinger Armenhause untergebracht werden mußte. Neumann hatte Berufung erhoben und wurde von der Strafkammer freigesprochen, da er nachweisen konnte, daß er sich um Wohnung bemüht hatte, er aber keine Wohnung bekommen konnte, weil die Vermieter eine Familie mit sieben Kindern nicht im Hause haben wollten. Neumann gab an, daß ihm beim Bruch der Hemelinger Schleuse seine sämtlichen Fischereigeräte vernichtet worden seien, daß er sich keine neuen hätte anschaffen können und somit ohne lohnenden Verdienst geblieben sei, dann sei er ins Armenhaus gekommen. —

Herrlich, was? — Erst jammert die herrschende Klasse über den Geburtenrückgang und sucht die ungehinderte, übermäßige Kinderproduktion als die höchste und sittlichste Nationalpflicht darzustellen. Dann, wenn so ein armer Tropf diese Nationalpflicht erfüllt hat, sieben Kinder besitzt — und keine Wohnung bekommt, weil die patriotischen Hausbesitzer kein Verständnis für die „Nationalpflicht“ haben, verurteilt ein Gericht solch armen Teufel zu drei Wochen Haft, weil er keine Wohnung bekommen konnte und ins Armenhaus wandern mußte. Wie gesagt, es ist herrlich in Deutschland! —

— **Raubmordversuch.** Mittwochabend wurde die aus Berlin stammende Arbeiterin Alwin bei einem Ausflug nach der Fraueninsel im Walde bei Nikolsko von einem Mann überfallen, ihrer Tasche beraubt und mißhandelt. Ein vorbeifahrender Radfahrer hatte nicht den Mut, dem wüsten entgegenzutreten, sondern fuhr weiter. Der Täter schleppte das Mädchen an das Havelufer und warf es die Böschung hinab in das Wasser. Mehrere Passanten borgen das Mädchen und veranlaßten seine Ueberführung ins Krankenhaus zu Nowawes, wo es noch bestimmunglos darniederliegt.

— **Der Typhus in der Kaserne.** Im zweiten weisfällischen Infanterieregiment in Kreßfeld traten in den letzten Tagen mehrere Typhusfälle auf, deren Infektionsquelle sich noch nicht sicher feststellen ließ. Die Kranken wurden sofort isoliert. Die notwendige Absperrung und Desinfektion wurden in weitestem Maße ausgeführt. Ein bakteriologisch vorgebildeter Sanitäts-offizier wurde vom Generalkommando hierher kommandiert, um die Infektionsquelle festzustellen.

eine genauere Beobachtung der Vogelwelt. Aber auch das Wenige, das man bei vorübergehender Betrachtung erblickt, wird genügen, die Anaben von dem Zerstören der Nester abzuhalten. Wenn mit diesem Geschick ihre Teilnahme bis zum Wohlwollen ausgebildet wird.

Auf einen Punkt soll aber noch ganz besonders hingewiesen werden. Die meisten Verfolgungen haben die Tiere zu erdulden, die nach der landläufigen Meinung schädlich oder giftig sind, ohne es in Wirklichkeit zu sein. Wir haben ja nur ein giftiges Tier, vor dem man sich hüten und das man töten mag: die Kreuzotter. Von den weltens meisten Menschen wird alles Getier, das auf dem Bauche kriecht, für schädlich und giftig gehalten und unbarbarisch verfolgt und erschlagen. Was besonders die Großstädter in ihrer anmaßenden Unfehlbarkeit an Unkenntnis in diesen Dingen leidet, ist geradezu haarsträubend: Blindfische werden zu Kreuzottern gemacht, und die nützliche Kröte oder der schöne harmlose Salamander für giftig und gefährlich erklärt. Der Unterricht in der Schule allein kann hier nicht zum Ziele führen, wenn er nicht durch Anleitung zur Beobachtung im Freien, ganz gleich ob von Lehrern oder Eltern oder sonst wem, unterstützt und fortgesetzt wird.

Ist in den Kindern die Neigung zur Tierwelt geweckt, dann liegt eine andere Gefahr nahe: sie wollen sammeln, lebendig für ein Aquarium oder Terrarium, tot für Schmetterlings- und Käfer Sammlungen. Das darf unter keinen Umständen geduldet werden; es mußte denn unter sorgfältiger Aufsicht geschehen, so daß Grausamkeiten ausgeschlossen sind. Das unbeaufsichtigte Sammeln ist der Jugend unbedingt zu verbieten. Man sehe nur, wie die Jungen gedankenlos und grausam Käfer, Raupen, Salamander u. a. m. in Flaschen, Dosen und Büchsen einsperren, diese fest schließen, so daß die Tiere selten lebend nach Hause gebracht werden. Und kommen sie wirklich lebend an, so fehlt oft jede Einrichtung für eine passende Unterkunft; das Interesse nimmt auch bald ab, und die Tierchen kommen langsam um. Die Entschuldigung, die Tiere könnten im Hause besser beobachtet werden, ist nicht stichhaltig, da ein Tier in der Gefangenschaft, wo ihm die wichtigen Lebensbedingungen fehlen, sich nicht in seinem natürlichen Wesen zeigen kann.

Schule, Familie und Presse müssen zusammenwirken, um den Kindern begreiflich zu machen, wie unrecht es ist, Tiere zu peinigen, oder ihnen die Freiheit und das Leben zu nehmen. Daß durch eine rücksichtsvollere Betrachtung der Natur und menschlichere Behandlung der Tiere der Verrohung der Jugend wirksam entgegengeordnet werden kann, beweist die Tatsache, daß in England, wo der Tierschutz viel verbreiteter ist, seit Jahren die Zahl der jugendlichen Verbrecher stetig abnimmt. Zur Erreichung dieses Ziels auch bei uns sollte jedermann freudig mithelfen.

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt

hielt am 21. April im Bürgergarten in Schidlitz seine sehr gut besuchte Generalversammlung ab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Genosse Sellin des Ablebens der Genossen Stiemer, Schirrmacher und der Genossin Urbanzki.

Genosse Leu gab den Bericht des Parteisekretariats für das abgeschlossene Verwaltungsjahr. Er streifte die wichtigen politischen Ereignisse und die ausgeführten und beabsichtigten Aktionen der politischen Organisation. Ihre Einnahme betrug, unter Einrechnung eines Anfangsbestandes von 847,89 Mark, insgesamt 8950,— Mark. Die Ausgabe stellte sich auf 6744,58 Mark, so daß ein Bestand von 2205,42 Mark verblieb.

Im ersten Quartal 1914 gestaltete sich die finanzielle Entwicklung so, daß mit dem Massenbestande von 1811,75 Mark eine Gesamteinnahme von 3551,39 Mark erzielt wurde. Nach Abzug der Ausgaben von 1245,97 Mark blieb ein Bestand von 2205,42 Mark. Die Zahl der Mitglieder stieg in diesem Quartal von 1530 auf 1790, davon waren 1326 männliche und 464 weibliche Genossen.

Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Sellin, Vorsitzender, Lubner, stellvertretender Vorsitzender, Bartel, Schriftführer, Leu, Kassierer, Brieschke, Jäpel und die Genossin Früngel, Beisitzer. Zu Revisoren wurden die Genossen Adomat, Potreck und Erbel gewählt.

In die Presselkommission wurden die Genossen Bartel, Jäpel, Grünhagen und Spill gewählt.

Vor der Wahl des Bildungsausschusses regte Bartel die Forderung von Wünschen über das von dieser Körperschaft Geleistete an. Er skizzierte ihre Tätigkeit und die ihr durch die Verweigerung des Stadttheaters usw. bereiteten Schwierigkeiten. Es nahm jedoch hierzu kein weiterer Redner das Wort. Darauf wurden als Vertreter der Parteiorganisation die Genossen Bartel und Gehl und die Genossin Leu wieder in den Ausschuss gewählt.

Genosse Leu schilderte die Tätigkeit des Jugendausschusses. In der Debatte wurde eine Reihe von Wünschen für die Ausgestaltung der Jugendarbeit vorgetragen. Schließlich wurde die Erweiterung des Ausschusses auf 13 Mitglieder beschlossen und als Vertreter der Partei fünf Genossen und eine Genossin gewählt.

Der Zentralbibliothek wurde ein Zuschuß von 100 Mark bewilligt und Genosse Adomat als Bibliothekar niedergewählt. Ein weiterer Zuschuß von 50 Mark wurde für die Kinderjugendkommission beschlossen.

Gegen 12 Uhr schloß Genosse Sellin die anregende Versammlung mit dreifachem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Versammlung war insofern von besonderer Bedeutung, als darin festgestellt wurde, daß die Sozialdemokratie den Freisinn in dem „liberalen Bollwerk“ Danzig organisatorisch schon erheblich überflügelt hat! Der liberale Wahlverein zählt trotz des bis jetzt erhobenen ständigen Schreies nach einer ganzen Reichsmark, nur so viele Mitglieder, wie der Sozialdemokratische Verein schon am 31. Dezember hatte. Die so durch die Werbekraft der sozialistischen Idee erzielte günstige Entwicklung muß die Genossen anspornen, den schon organisatorischen Fortschritt in praktisch wirksame Macht umzuwandeln. Die nächste Gelegenheit dazu bieten die im April stattfindenden Stadtverordnetenwahlen.

Schon jetzt muß mit aller Kraft gerüstet werden, um diesen Sturm auf das Rathaus mit einem Sieg der Arbeiterschaft zu beenden!

Aus dem städtischen Dreiklassenhaufe.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 21. April wurde der Bericht der Viktoriaschule über das Schuljahr 1913 und der Abgang der Einkünfte für Arbeiterwohnungen zur Kenntnis genommen.

Alsdann wurden eine Reihe von Wahlen erledigt. In der Kommission wegen Erhöhung der Subvention zweier Privatschulen wurden gewählt: Vorschke, Brämer, Dr. Hermann, Lange, Venz, Münzberg, Schmidt. Selbstverständlich werden diese Herren die geforderte Summe bewilligen aus — Gerechtigkeit für die Kommission, die die Befolgungsvorlage der Beamten beraten soll, waren 12 Mitglieder der schwarzblauen Haus- und Grundbesitzer und nur 3 freisinnige Stadtverordnete vorgeschlagen. Der freisinnige Dr. Fehrmann und der konservative Brunzen gerieten deshalb aneinander. Die Vorgesetzten wurden jedoch gewählt und den braven Freisinnigen auf diese Weise wieder zu Gemüte geführt, daß sie nur als Trostschichte des Blocks geduldet werden. Uebrigens verfahren ihre Parteiführer in der Ortskrankenkasse genau so „gerecht“ mit den Sozialdemokraten. Alle anderen Wahlen erfolgten wieder einmütig ohne Widerspruch.

Für die Instandsetzung einer Scheune und Errichtung eines Schuppens in Bürgermiesen wurden 1700 Mark bewilligt.

Mehrere Verbände von Handlungsgehilfen hatten sich an die Stadtverordnetenversammlung gewandt mit der Bitte, den Reichstag zu ersuchen, die Staffellung der Städte bei der Einführung der vollständigen Sonntagsruhe in solche unter und über 75 000 Einwohnern fallen zu lassen. Danzig set von größeren Landgemeinden umgeben und würde durch die Einführung des Gesetzes in dieser Form großen Schaden leiden. Auf Antrag, des Stadtverordneten Dr. Hermann wurde die Eingabe dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Soziale Großtaten

in schwerer Menge produzierten die kommunalen Dreiklassigen in der Stadtverordnetenversammlung am 21. April.

Für das neue Luginsbad Br ü s e n sind bereits annähernd 100 000 Mark bewilligt. Nun fordert der Magistrat für die Erneuerung der Strandpromenade in Br ü s e n noch 11 000 Mark, für Instandsetzung des Seestegs 6000 Mark und den Bau einer Dampferanlegestelle noch 6000 Mark. Der Gesamtbetrag von 15 500 Mark war den Stadtvätern bei so wichtigen Dingen aber noch zu — niedrig! Es handelte sich ja nicht um die Hilfe für unschuldig hungernde Arbeitslose des Proletariats, sondern in der Hauptsache um das standesgemäße Schmückment der Arbeitslosen des Geldsacks. Deshalb wurden auf Antrag des sozialen Ober-Reaktionärs Schade noch 2500 Mark für die Herstellung einer Anlegestelle für Segelboote bewilligt. Damit waren insgesamt also weitere 19 000 Mark für das Br ü s e n Badeparadies bewilligt.

Darauf bewilligte man noch 8000 Mark für eine nicht zu erhebliche Verbesserung der Volksschulen in den neueingemeindeten Ortschaften für das Sommerhalbjahr.

Dann nahm man zu dem Antrage einer Versammlung von Freunden der Bodenreform Stellung, die die Einführung der Ver z u w a c s s e n e r fordernten. Vor einigen Jahren hatte der Magistrat selbst diese Steuer beantragt. Stadtrat Deichen hatte ihren Ertrag auf 260 000 Mark jährlich berechnet. Die hausagrarisches Mehrheit brachte die sehr nützliche Steuer aber mit Schimpf und Schande um, weil man nicht wußte, was mit dem Gelde angefangen werden sollte. Auch jetzt waren die Einwände gegen die Besteuerung des Grund- und Bodenwuchers wieder überaus selbstlos und intelligent. Sogar der freisinnige Vamdirektor Marx war gegen sie, wegen der angeblich — ungünstigen Lage des Danziger Grundstücksmarktes. Dabei wird die Steuer nur dann erhoben, wenn beim Verkauf eines Grundstücks eine Wertsteigerung erzielt würde! Interessant war, daß sogar der Magistrat zu den Gegnern der Steuer übergegangen ist und sein eigenes Kind in den Orkus schleuderte. Der dramatisch veranlagte Bürgermeister Dr. Bail hielt diese Steuer zwar für theoretisch ideal. Praktisch war er aber gegen sie, weil sie in Danzig zu viel — Prozesse gebracht hätte!!! Dieses Zeugnis ist zwar für den heimatischen Patriotismus der Hausagrarien sehr ehrenvoll. Besonders wertvoll ist es aber für das feine Verständnis des Bürgermeisters für die Interessen der Hausagrarien. Dabei hatten bis zum November 1913 bereits 450 deutsche Gemeinden und Städte diese Steuer mit großem Erfolge eingeführt. Besonders lebhaft eiferte der bekehrte Stadtrat Dr. Deichen gegen seine frühere Vorlage. Ihm gefiel es sogar nicht, daß man sich auf das gute Beispiel der Stadt Königsberg berief. Er, der sich sonst wie alle Magistratsmitglieder ständig auf die Vorbilder in anderen Städten beruft, wollte sich nur auf Danzig — er stammt aus Graudenz — beschränken und keine Steuern, die Reformen durchsetzen. Auch ihn jammerte der schlechte Grundstücksmarkt. Es wirkte peinlich, wie gerade der Herr um die Gunst der Terrainpfeulanten warb. Der vom Oberpostsekretär Stahl vertretene Antrag wurde mit der großen Mehrheit von 32 gegen nur 12 Stimmen abgelehnt.

Dann wurde die Eingabe eines Stellungsuchenden, in der um Beschäftigung gebeten wurde, ohne ein einziges Wort, es galt ja nur ein Menschenschicksal, zu den Akten gelegt.

Ebenso wurde die wiederholte Petition des Verbandes der Gastwirtsgehilfen um Einführung des städtischen Stiefenmaßes in den Aktienkeller gemessen. Niemand nahm dazu das Wort. Dabei waren die „Arbeiter“-Stadtverordneten Heinrich, Nitz und Glas hagen anwesend, die sich der nationalen Verammlung im St. Anthonshause verpflichtet hatten, für diese Bestrebungen einzutreten!

Auf die Petition des Vereins der vom Magistrat mit Privatsdienstvertrag beschäftigten Angestellten um Aufbesserung ihrer Verhältnisse jagte der Bürgermeister Dr. Bail Erwägungen zu. Wegen der fatalen Stadtverordnetenwahlen zeigte sich hierbei unter den Blockleuten aber noch mehr — Arbeiterfreundschaft. Der freisinnige Vorschke beantragte Ueber-

weisung der Petition an den Magistrat zur Berücksichtigung. Sofort schloß sich ihm sein schwarzblauer Blockbruder Brunzen an. Es wurde auch wirklich die Berücksichtigung beschlossen. In der Begründung seines Antrages machte sogar der Sekretär der Landes-Versicherungs-Anstalt B o r s c h e geltend, daß sich viele ungelernete städtische Arbeiter besser als diese Angestellten stellen. In dieser Allgemeinheit ist die Behauptung falsch. Auch einige Günstlinge unter den Arbeitern mag die Rücksicht zutreffen; für die große Mehrheit gilt sie unter keinen Umständen.

Offenherziger wurden die dreiklassigen Menschenfreunde bei Erörterung des Antrages des Verbandes der Staats- und Gemeinbediensteten um Aufbesserung der Verhältnisse des Personals im städtischen Krankenhaus. Der Hirsch-Dundersche „Arbeiter“-vertreter Glas hagen war so „arbeiterfreundlich“ die Abmürkung des Antrages durch Ueberweisung als Material an den Magistrat zu fordern. Er nahm die „gelernten Beamten“ des Krankenhauses gegen den schrecklichen Verdacht in Schutz, daß sie mit dieser „aus Königsberg kommenden“ „Eingabe“ etwas zu tun haben könnten. Sie lehnten es ab, auch ab, sich durch „ungelehrte Arbeiter“ im Arbeitssaal vertreten zu lassen. Diesen freisinnigen Hebammit mußte der konservative Brunzen natürlich noch übertrumpfen. Er, der Mann, der unlängst von der Unverseroreinheit eines anderen Stadtverordneten zu sprechen magte, erlaubte sich den Zwischenruf, daß die Eingabe von der Sozialdemokratie ausgehe! Niemand mochte jedoch gegenüber dieser unverhüllten Denunziation den sonst im Uebermaß behaupteten unpolitischen Charakter dieser Versammlung. Alle diese unpolitischen Hüter des neutralen Bürgertums bestätigten durch ihr Schweigen, daß Sozialdemokraten in dieser Halle des Allgemeinwohls vogelfrei sind! Weder durch den Stadtverordnetenvorsitzer Keruth noch vom Magistratsstisch erhob man gegen die politische Hege des Reichsverbändlers Brunzen Einspruch!

Uebrigens soll von all diesen gutgefinnten Stadtverordneten, einmütig mit dem Magistrat, durch eine große Demonstration gegen „die Schmach“ protestiert werden, daß die Stadt zur Annahme der Steuergrößen ihrer sozialdemokratischen Bürger gezwungen ist. Es soll dabei erwogen werden, ob nicht wenigstens die Steuern derer zurückzuweisen sind, die durch Betätigung in der Sozialdemokratie bekannt geworden sind.

Bürgermeister D. Bail behauptete, daß die Eingabe des Verbandes eine Reihe von Unrichtigkeiten enthalte. Der zünftige Edelmann v. Brzezinski lobte die Zustände im Krankenhaus sogar als musterhaft. Darauf zog Glas hagen seinen Antrag mit der nochmaligen Versicherung, daß die gelernten Arbeiter mit der Petition nichts zu tun hätten, zurück. Darauf flog sie in den Papierkorb als nützliches Material zur Stadtverordnetenwahl.

Danziger Kleinhandelspreise

(Halbmonatsbericht des Statistischen Amtes).

Sortenbezeichnung	Bodenpreise am 15. April 1914		Bodenpreise am 15. März 1914	
	niedrigster u. höchster Preis	Durchschnittspreis	niedrigster u. höchster Preis	Durchschnittspreis
1. Fleisch zu 1/2 kg				
Rindfleisch				
Keule (Oberschale, Schwanz, flügel, Lende)	85—100	93	80—100	92
Bug (Schulterstück)	80—90	85	70—90	85
Bauch, Dünning, Hals	75—90	81	70—90	81
Brust	75—90	81	70—90	83
Spannarippen	70—85	79	70—90	80
Rindertops (gemahl. Fleisch)	80—100	92	80—100	92
Rinderlerentals (roh)	40—60	56	50—70	58
Kalbsteck				
Keule	75—110	94	60—110	90
Keulett	70—120	98	60—130	98
Bug (Schulterstück)	65—100	82	55—100	81
Brust	60—100	82	55—100	81
Ramm, Hals, Rippen	60—90	76	55—90	74
Lammfleisch				
Keule	100—120	105	95—120	104
Keulett	95—120	104	90—120	106
Bug (Schulterstück)	90—105	94	90—109	94
Brust, Hals, Dünning	80—100	91	80—100	91
Schweinefleisch				
Rorbonade	90—100	95	80—100	93
Rammstück	70—90	80	75—90	82
Bauchfleisch	65—75	70	70—75	72
Keule (rinder Schinken)	70—80	75	70—85	78
Bug (Schulterstück)	65—75	70	70—80	72
Kopf, Ohren und Schnauzen	30—45	38	30—45	40
Beine	40—50	44	40—50	45
Schweinekeule (gemahl. Fleisch)	70—80	77	70—80	78
Grünes Rindfleisch	70—80	74	70—80	75
Geräucherter roher Schinken im Anschnitt	120—160	140	120—160	140
Geräucherter Speck	80—100	90	85—100	92
Anschnitts Schmalz	90—100	92	90—100	93
2. Je 1/2 kg				
Ungepökelte gelbe Erbsen	18—20	19	18—20	19
Weisse Speldebohnen	20—22	20	20—22	20
Erbsen	25—30	25	25—30	26
Erbutter	120—150	140	120—150	141
Erlartoffeln 5 Ztr.	25—30	26	25—30	26
1 Ztr.	230—300	265	260—300	272
1 Mandel Eier	90—120	105	95—120	106

* Der Durchschnittspreis ist kein wirklich gezahlter Preis, sondern ein aus allen vorliegenden Anschreibungen errechneter.

Literatur

Arbeiter-Jugend. Die loeben erschienene Nr. 9 des 6. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der erste Mai und die Jugend. — Jüdisches Himmelfahrt. — Ideale und Klassenkampf. — Der vorgeschichtliche Mensch. Von Gg. Engelbert Graf. (Mit Abbildungen.) — Vom Kriegsschauplatz. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Fikter. Erzählung von Johann Bojer. — Der Tag der Tat. Gedicht von Maria Müller. — Schillermai. — Wie ein plastisches Kunstwerk entsteht. Von Wolf Bruno. (Mit Abbildungen.) — Ein Dichter der Jugend. Von Konrad Hancinich. — Bücher für die Jugend. — Kreuz und quer durch den Balkan. — Besprechung von Curt Wising.

Hierzu eine Beilage.

Großer Massen-Verkauf

findet am Freitag den 24. d. Mts., von vormittags 9 Uhr im

Hut-Bazar zum Strauß

Lawendelgasse 6-7

Danzig

Lawendelgasse 6-7

statt. Es kommen zu ganz enorm billigen Preisen große Posten eleganter, garnierter Damen- und Kinder-Müte zum Verkauf

Es versäume niemand, die überaus günstige Kaufgelegenheit wahrzunehmen.

Elegante Neuheiten für Saison 1914!

Sommer-Paletots und Ulster

Mk. 18, 21, 24 bis 48

Sedg. Stoffqualität.
Prima Futter!

Spezialität!

Rosahaar-Workstatt.
Verarbeitung!

zu unerreicht billigem Preise

Schul-Anzüge in vielen Mustern

Einsegnungs-Anzüge
kleidsame Fassons

Pelerinen, imprägniert

Herren-Jackett-Anzüge

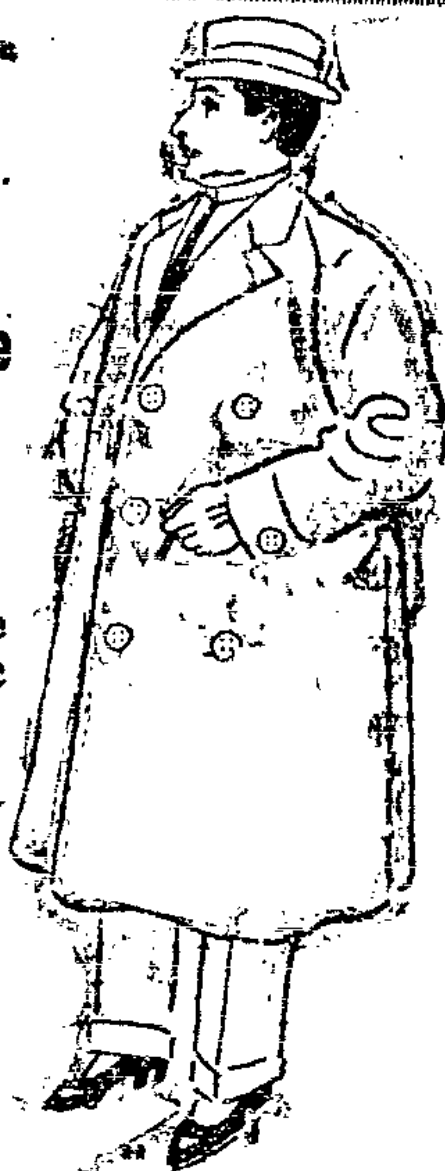
geschmackvolle Neuheiten und Formen, ein- und zweireihig, für jede Figur passend, ohne Aenderung, Mk. 18, 24, 27, 29 bis 42

Garantie für tadellosen Sitz!

Eugen Hasse

Fernspr. 1854 Danzig, Kohlenmarkt 14-16 Ecke Passage

Beachten Sie bitte die Auslagen in meinen sechs Fenstern.



Patent-Reform-Gebiß



Halbbarer Zahnersatz ohne jede Platte

Behindert nicht den Geschmack und sitzt fest im Munde. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich allein in Zoppot und Danzig das Recht habe, das Patent-Reform-Gebiß anzufertigen.

Bei Bestellungen kunstl. Zahne Zahnziehen nach Betreibung kostenlos. -- Zahnziehen in örtlicher Behandlung 1 Mk. -- Viele Dankschreiben v. mein. Patienten über schmerzloses Zahnziehen.

„Institut für Zahnleidende“

I. Praxis: Sprechstunden: 9-11 Uhr, Sonntag: 9-12 Uhr. Danzig, Pfefferstadt 71. I Tr. Tel. 2621
II. Praxis: Sprechstunden: 9-11, 3-7 Uhr, Sonntag: 9-11 Uhr. Zoppot, Weststraße 25. I Tr.

Zähne

ohne Extrabehandlung der roten Hautschuppen
10-jährige Garantie für Haltbarkeit

Als Zähne à 1.50 Mk. liefere ich schon Zähne mit echten Platinstiften: in geeigneten Fällen Platinis. Dieses sind Zähne, für welche anderwärts 3 und 4 Mk. bezahlt werden müssen. Plomben billigst. Reparaturen an 1 Mk. Umarbeiten: nicht passender Gebisse schnell an. billigst. Nervtöten 1 Mk.



Zur Geschäftseröffnung empfehle

hochf. Rossfleischware,
ff. Wurstsorten,
prima Qualitäten.

Otto Möbius, Groß-Rossfleischerei mit elektrischem Betrieb,
Danzig, Breitgasse Nr. 42.

Herren- und Damen-Geisere
Max Neumann, Schüsselbamm 18.

Außergewöhnliches Angebot

Mensch der Urzeit	über 0.60 Mk., jetzt 0.60 Mk.
10 Meisternovellen	2.50 - 6.60
10 Meisternovellen	2.50 - 6.60
Menschenschicksale	2.50 - 6.60
Im Kampf der Großstadt	2.50 - 6.60
Remanentlegionär	1.50 - 6.50
Wacht am die Erde	1.50 - 6.50
Neueste Witzbücher	1.00 - 0.25

Durch außerordentlich günstigen Einkauf sind wir in der Lage, obigen Bänden die Bücher abgeben zu können, jedoch nur in langer Boreit reich

Buchhandlung Volkswacht

Paradiesgasse 32

Witzstrahlen.

Konstantes Bindungs-Organ für
Danziger Arbeiter. Heraus-
gegeben von Julian Borchardt.

Preis pro Heft 10 Pfg. -- Zum Abonnement empfohlen.

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Spezialabteilung für

Arbeiter-Konfektion.

Blauwand-Blusen oder -Hosen	1.05
Blauwand Ia -Blusen oder -Hosen	1.35
Cöper-Blusen oder -Hosen	1.50
Cöper Ia -Blusen oder -Hosen	1.05 1.75
Pilot (innen geraucht) -Blusen oder -Hosen	1.95
Zwirn-Hosen	3.00 2.50 2.00 1.50
Leder-Hosen	3.50 2.50 2.00 1.75
Stoff-Hosen	4.50 3.75 3.50 2.60

Siegfried Jüttner, Altst. Graben 93.

Man achte genau auf Eingang.

Sprechapparate

in allen Preislagen

Anzahlung 5 M.

Abzahlg. möglic. 1 M.

Platten, allerneueste

Aufnahmen, p. St.

3. 2 und

1.50 M.

Maffenhause 'Romet'
Breitgasse 130 - Telefon 2933

Großer

Posten Platten,
herabgesetzt im Preise,
früher 1.50 und 1.25 M.,
jetzt nur 95 Pf.

Reparaturen an Sprechapparaten
billigst und unter Garantie.

Preußischer Krimi

Soldatengeschichten von August Winnig

Inhalt:

Zwei Beschwerden -- Der Kaiserpreis --
Guten Morgen, Herr Hauptmann -- Der
Pfingsturlaub -- Jenseits der Menschlichkeit
-- Auf Festung -- Das Reservatbild --
Grenadier Gimm -- Finale

Preis gut gebunden 2,-- Mark

Die Lektüre des Buches ist den Soldaten verboten.
Neuerdings ist die Redaktion eines Vorfeldblattes
wegen Abdruck des Inhalts bestraft worden.
Es gibt keinen besseren Beweis für die Güte
des Buches.

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Abholstellen

der Volkswacht:

Expedition, Paradiesgasse 32.
Eugen Sellin, Schüsselbamm 56.
Friseur Dittmer, Johannesgasse 37.
Höferei Kobiella, Fleischerstraße 81.

Langfuhr:

Ww. Stierner, Eichenweg 14.
K. Knauer, Posadowskeweg 83.
Kaufmann Sieff, Neudorfplatz 7.
Kaufmann W. Zöllner, Quilnstr. 1.

Expedition der Volkswacht

Arbeitskleider

für Handwerker, Seeleute und
Arbeiter, Jacken, Blusen, Maler-
kleid, Hemden, Hosen, Unterkleider,
Trenner, Pelzeug, Schlafdecken und
Matrassen

Danzig.
Julius Gerson, Fischmarkt 19.

Betten

und Bettfedern
billig zu verkaufen
Säckerstraße 38.

Einführungskleider

in schwarz und weiß, fertig und
nach Maß, sowie
Kleiderstoffe, Unterwäsche usw.
zu billigsten Preisen.

Julius Gerson, Danzig, Fischmarkt 19.

Fahrrad-Verkauf

Odra, Sudstraße 23, II.

Central-Bibliothek

zu Danzig

Kostenlose Bücherausgabe
Mittwoch von 7-8 Uhr
Sonntagabend v. 6-8 Uhr
abends

Dominikswall 8, Hof I.

Elbing

F. Kuhn, Wasserstr.
Nr. 80.

empfiehlt sein

Hut- und Mützensgeschäft.

Verantwortlich für Redaktion: Georg Neu, für Inserate: Franz Harnisch, Verlag: Volkswacht J. Gehl u. Co.; Familien in Danzig.

Druck: Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.